

Bremer Straßenbahn AG, Bremen

Halbjahresfinanzbericht 2009

1. Januar bis 30. Juni 2009

Zwischenlagebericht

Nachfrage legt weiterhin deutlich zu

Die Nachfrage lag im ersten Halbjahr mit 50,3 Mio. Fahrgästen um 0,6 Mio. (1,1 %) über Vorjahr, und genau im Rahmen der Planung. Damit wurde fast die Wachstumsrate des Vorjahres wiederholt. Im Mai sorgte der evangelische Kirchentag in Bremen für einen Nachfrageschub, der in der Planung berücksichtigt war. Die Preiserhöhung bei den Verbundfahrausweisen um 4,1 % hat zwar zu Rückgängen bei einzelnen Tarifangeboten geführt, insgesamt aber die Nachfrage nicht negativ beeinflusst. Als Jahreswert werden 101,2 Mio. Fahrgäste angestrebt; dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. (0,9 %) und damit dem Planansatz.

Angebot liegt im vereinbarten Rahmen

Die Betriebsleistung per Juni lag mit 11,0 Mio. Nutzwagen-Kilometer um 54.000 Kilometer (0,5 %) über dem Vorjahr und um 69.000 Kilometer (0,6 %) über dem Plan. Während im Straßenbahnbereich eine leichte Unterschreitung zu verzeichnen war, lag die Betriebsleistung im Busbereich geringfügig über Plan. Hinsichtlich der Jahresgesamtleistung wird davon ausgegangen, dass der geplante Wert von 21,9 Mio. Nutzwagen-Kilometer erreicht wird. Gleiches gilt in Bezug auf die auf Bremischen Stadtgebiet erbrachte Leistung, die in der Betrauung vom 31.01.2006 mit einer Toleranzgrenze von +/- 1,5 % vereinbart worden ist.

Personalbestand weiter reduziert, aber über Plan

Zur Jahresmitte waren 2.076 Beschäftigte, davon 68 Auszubildende, bei der BSAG tätig. Umgerechnet in aktive Vollzeitpersonale ohne Auszubildende wurde der Plan um 1,6 % verfehlt, während das Vorjahr um 1,1 % unterschritten wurde. Bis Ende des Jahres wird ein Bestand von 1.594 Vollzeitpersonalen angestrebt; dies entspricht einem Abbau um 14 (0,9 %) im Vergleich zum Vorjahr und einer geringfügigen Überschreitung des Planes um 10 (0,6 %).

Der Personalaufwand lag in Summe mit 41,3 Mio. € um 1,1 Mio. € (2,7 %) über Vorjahr, u. a. durch den Abschluss eines Tarifvertrages im April diesen Jahres.

Verzögerungen in der Investitionsabwicklung

Im ersten Halbjahr blieb die Investitionsabwicklung (Zugänge gem. Anlagevermögen), vor allem im Bereich der infrastrukturellen Baumaßnahmen und der EDV, mit 16,8 Mio. € um 3,0 Mio. € (15,1 %) und damit deutlich hinter dem Plan zurück. Investitionsschwerpunkte waren die Lieferung von 8 Bussen mit einem Zugangswert von 2,1 Mio. € sowie vier Straßenbahnen vom Typ GT8N-1 mit einem Zugangswert von 8,7 Mio. €. Nach derzeitigem Stand ist damit zu rechnen, dass die bisher aufgelaufenen Unterschreitungen im laufenden Jahr nicht mehr aufgeholt werden können.

Umsätze weiter auf Wachstumskurs

Im ersten Halbjahr lagen die Fahrgelderträge mit 33,1 Mio. € bedingt durch Nachfrageentwicklung und Tarifierhöhung um 1,5 Mio. € (4,6 %) über Vorjahr und genau auf Planniveau. Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 3,2 Mio. € um 0,6 Mio. € (15,5 %) unter dem Vorjahreswert und um 0,3 Mio. € (9,0 %) über dem Planansatz. Im Vergleich zum Vorjahr stammen die Abweichungen zum überwiegenden Teil aus Weiterberechnungen an die Stadt Bremen, gegenüber Plan aus geringeren Weiterberechnungen an Dritte.

Insgesamt lagen die Betrieblichen Erträge mit 44,3 Mio. € um 1,7 Mio. € (4,0 %) über Vorjahr und um 0,4 Mio. € (1,0 %) über Plan.

Aufwandsentwicklung durch Energie- und Sachkosten geprägt

Die Materialaufwendungen fielen mit 14,0 Mio. € um 2,2 Mio. € (13,8 %) niedriger aus als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Dies war sowohl auf Preisrückgänge beim Dieselkraftstoffbezug als auch auf geringere Fremdlieferungen und –leistungen zurückzuführen. Die Unterschreitung gegenüber dem Plan um 1,5 Mio. € (9,9 %) resultierte ebenfalls aus einem geringerem Kostenanfall im Bereich der Instandhaltung und Wartung in allen Unternehmensbereichen.

Die Betrieblichen Aufwendungen lagen insgesamt mit 68,4 Mio. € um 0,3 Mio. € (0,4 %) über Vorjahr, aber um 1,0 Mio. € (1,4 %) unter Plan.

Ergebnisentwicklung im Rahmen der Planung

Die operative Entwicklung der BSAG verlief im ersten Halbjahr aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen bei den Fahrgelderträgen und sonstigen Erträgen einerseits sowie des Material- und Personalaufwandes andererseits besser als geplant. Der Verlust lag mit 26,8 Mio. € um 1,0 Mio. € (3,6 %) unter dem Vorjahreswert und auch unterhalb des Planansatzes.

Bis Jahresende wird folgende Entwicklung prognostiziert:

- Bei den Beförderungserträgen wird von einer Planverbesserung um 0,5 Mio. € (0,7 %) ausgegangen. Bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen wird eine Verbesserung um 2,6 Mio. € (23,6 %) erwartet.
- Belastend auf das Ergebnis werden mit 1,3 Mio. € (1,6 %) diverse Effekte im Personalaufwand und mit 1,1 Mio. € (3,4 %) höhere Materialaufwendungen wirken.
- Der Verlust wird damit nach derzeitiger Einschätzung mit 52,7 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 Mio. € (7,5 %) und im Vergleich zum Plan um 0,7 Mio. € (1,4 %) niedriger ausfallen. Die Kontrakteinhaltung ist nicht gefährdet.

Ausblick sowie Chancen und Risiken

Im Berichtszeitraum wurden die Verhandlungen zur Fortsetzung der Beauftragung mit der Unterzeichnung des Kontrakts abgeschlossen. Hierdurch sind die Qualität der Dienstleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr Bremens, das Unternehmen BSAG in seiner Struktur und die derzeit mehr als 2.000 Arbeitsplätze bis zum 31.12.2020 gesichert.

Eckpunkte des Kontrakts sind u. a. die weitere Reduzierung der Unternehmensverluste der BSAG von 54,7 Mio. Euro im Jahr 2011 auf 40,2 Mio. Euro im Jahr 2020 sowie die gleichzeitige Umsetzung des Schienennetz-Ausbaus um rund 27 Kilometer. Die nächsten Projekte sind hier die Verlängerungen der Straßenbahn-Linien 1 (Bremen Mahndorf), 4 (Gemeinde Lilienthal) und 8 (Gemeinden Stuhr und Weyhe).

Bestandsgefährdende Risiken und/oder Ergebnisrisiken liegen nicht vor.

Chancen ergeben sich für die BSAG aus der Entwicklung der Fahrgelderträge.

**Verkürzte Bilanz
zum 30.06.2009**

<u>Aktiva</u>	30.06.2009 T€	30.06.2008 T€	<u>Passiva</u>	30.06.2009 T€	30.06.2008 T€
<u>Anlagevermögen</u>			<u>Eigenkapital</u>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.437	1.758	Gezeichnetes Kapital	10.226	10.226
Sachanlagen	171.101	153.479	Kapitalrücklage	11.791	11.791
Finanzanlagen	2.721	2.721	Gewinnrücklage	1.022	1.022
	176.259	157.958		23.039	23.039
<u>Umlaufvermögen</u>			Sonderposten mit Rücklageanteil	1.510	1.510
Vorräte	5.283	4.754	Rückstellungen	49.514	48.888
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.628	45.981	Verbindlichkeiten	143.587	138.765
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	6.123	5.353	Rechnungsabgrenzungsposten	1.783	1.941
	43.034	56.088			
Rechnungsabgrenzungsposten	140	97			
	219.433	214.143		219.433	214.143

**Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2009**

	01.01.- 30.06.2009 T€	01.01.- 30.06.2008 T€
Umsatzerlöse	40.198	38.145
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	19	26
Andere aktivierte Eigenleistungen	883	642
Sonstige betriebliche Erträge	3.170	3.752
	44.270	42.565
Materialaufwand	-13.986	-16.228
Personalaufwand	-41.340	-40.259
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-7.990	-6.800
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.064	-4.829
Erträge aus Beteiligungen	79	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34	74
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.746	-2.255
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-26.743	-27.732
Sonstige Steuern	-99	-102
Erträge aus Verlustübernahme	26.842	27.834
Halbjahresüberschuss	0	0

Verkürzter Anhang für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2009

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertungsgrundsätze blieben gegenüber dem Vorjahr und dem Jahresabschluss zum 31.12.2008 unverändert.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden zu ursprünglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Herstellungskosten umfassten Fertigungsmaterial, Fertigungslöhne sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten. Erhaltene Investitionszuschüsse wurden von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgesetzt.

Die Abschreibungen erfolgten nach der linearen Methode. Die zugrunde gelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände entsprach steuerlichen Vorschriften. Auf die Zugänge bei den abnutzbaren Anlagen wurde der zeitanteilige Abschreibungssatz verrechnet. Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert bis 1.000,00 € werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen wurden zu Anschaffungskosten bzw. unter Berücksichtigung des § 253 Abs. 2 Satz 3 i. V. m. § 279 Abs. 1 Satz 2 HGB mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Vorräte wurden zu gleitenden Durchschnittspreisen bewertet. Für Materialien mit langer Lagerdauer wurden angemessene Abschläge vorgenommen. Die unfertigen Leistungen wurden mit Herstellungskosten bewertet. Diese umfassten Fertigungsmaterial, Fertigungslöhne sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden – außer einer abgezinnten langfristigen Forderung – zu Nennwerten angesetzt. Das allgemeine Ausfallrisiko für Forderungen wurde durch eine aktivische Absetzung berücksichtigt.

Für die Pensionsrückstellungen wurden die Teilwerte auf der Grundlage der "Richttafeln 2005G" von Dr. Heubeck und unter Anwendung eines Rechnungszinssatzes von 6 % versicherungsmathematisch zum 31.12.2008 ermittelt.

Bei der Ermittlung der Rückstellung für Altersteilzeit wurde ebenfalls ein Rechnungszinssatz von 6 % angewendet.

Bei der Bemessung der sonstigen Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung getragen.

Angaben zu Positionen der Bilanz

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 200.000 Stückaktien, die sämtlich auf den Inhaber lauten. Davon besaß die Bremer Verkehrsgesellschaft mbH am 30.06.09 198.059 Stück bzw. 99,03 %.

Der Sonderposten resultierte aus der nach steuerlichen Vorschriften (§ 6 b EStG) gebildeten Rücklage für Erträge aus Grundstücksverkäufen.

Die ausgewiesenen Rückstellungen enthalten u. a. Beträge für Pensionsrückstellungen und für Jubiläumsrückstellungen sowie für Rückstellungen für Drohverluste, für unterlassene Instandhaltung, für Haftpflichtrisiken und den Personalbereich.

Es bestanden Verpflichtungen aus Bestellobligos für die Lieferung von 9 Niederflurstraßenbahnen in Höhe von bis zu 18,1 Mio. € sowie für die Lieferung von 55 Bussen in Höhe von 15,3 Mio. €. Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die weder in der Bilanz erscheinen noch als Haftungs-

verpflichtung genannt wurden, bewegen sich im Rahmen der üblichen Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen, aus einer Beteiligungsverpflichtung sowie laufenden Bestellungen.

Angaben zu Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

1. Die Umsatzerlöse gliederten sich wie folgt auf:

	30.06.09 <u>T€</u>	30.06.08 <u>T€</u>
Fahrgelderträge	33.139	31.684
Ausgleichszahlungen gem. § 148 SGB IX	1.269	1.177
Ausgleichszahlungen gem. § 45 a PBefG	2.454	2.610
Zuschüsse für Linien	1.110	395
Einnahmen aus dem Berufsverkehr	24	30
Einnahmen aus dem freigestellten Schülerverkehr und Mietwagenverkehr	272	249
	<hr/> 38.268	<hr/> 36.145
Andere Umsatzerlöse	1.931	2.000
	<hr/> 40.199	<hr/> 38.145

2. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten:

	30.06.09 T€	30.06.08 T€
Gewinne aus Anlagenabgängen	91	112
Weiterberechnungen an die Stadtgemeinde Bremen	355	1.188
Weiterberechnungen an verbundene Unternehmen	106	175
Erträge aus Haftpflichtschäden	262	437
Auflösung von Rückstellungen	715	0
Periodenfremde Erträge	8	14
Diverse andere Posten	1.633	1.826
	<hr/> 3.170	<hr/> 3.752

Der mit dem Betrieb gewerblicher Art "Bau und Vermietung von Nahverkehrsanlagen" der Freien Hansestadt Bremen sowie dem Amt für Straßen und Verkehr geschlossene Infrastrukturvertrag trat mit Wirkung vom 01.07.2006 in Kraft und ersetzte die seit dem 01.01.1996 geltende Fassung des Investitionsvertrages und den Straßenbenutzungsvertrag. Bremen obliegen die Planung und Finanzierung der Betriebs- und Straßenanlagen bei Neubaumaßnahmen sowie der Neubau, der Ersatzbau, die Ersatzbeschaffung, der Umbau und die Entfernung des Unterbaus, des Untergrundes, der Haltestellenbauwerke und der Fahrsignalanlagen als Teil verkehrstechnischer Lichtsignalanlagen. Des Weiteren beschafft Bremen die Grundstücke für neue Betriebsanlagen. Die Durchführung dieser Baumaßnahmen vollzieht sich im Rahmen der von Bremen bereitgestellten Mittel und wird von der Gesellschaft nach den gleichen Grundsätzen wie die von der Gesellschaft selbst zu fi-

finanzierenden Investitionen abgewickelt. Die Aufwendungen hierfür wurden in den betreffenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Erstattung dieser Investitionskosten seitens der Stadtgemeinde Bremen wurde unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Erträge aus Verlustübernahme betrafen den gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH zu übernehmenden Verlust.

Sonstige Angaben

Der Vorstand der Gesellschaft setzte sich aus folgenden Herren zusammen:

Dipl.-Ing. Georg Drechsler (Vorstandsvorsitzender)
Dipl.-Ökonom Peter Hofmann (bis 30.06.2009)
M.A. Michael Hünig

Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern und hat sich im Berichtszeitraum nicht verändert.

Von der durchschnittlichen Zahl der Arbeitnehmer/-innen (1.963) waren 1.546 Lohnempfänger/-innen und 417 Gehaltsempfänger/-innen einschließlich der leitenden Angestellten.

Die Bremer Verkehrsgesellschaft mbH, Bremen, Amtsgericht Bremen HRB 9430, ist mehrheitlich an der Gesellschaft beteiligt. Sie ist das Mutterunternehmen im Sinne des § 285 Nr. 14 HGB.

Die aktuelle Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG ist auf der Homepage (www.bsag.de) veröffentlicht.

Eine Prüfung bzw. prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts erfolgte nicht.

Erklärung des Vorstands

Nach bestem Wissen versichern wir, dass der verkürzte Abschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und der Zwischenlagebericht den Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage der Gesellschaft so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Bremen, den 31.08.2009

Der Vorstand

Drechsler

Hünig